

Die Kirche in den Ländern

Burmas „Weg zum Sozialismus“ und das Christentum

Wenige Monate nach dem unblutigen Staatsstreich, mit dem General Ne Win am 2. März 1962 die langjährige Führung Burmas durch den Ministerpräsidenten U Nu beendigte, die demokratische Verfassung „suspendierte“ und ein noch heute unter seiner Führung stehendes Militärregime einführt, hatte sich die Herder-Korrespondenz („Burma zwischen Ost und West“, 16. Jhg. S. 451—457) eingehend mit der Lage des jungen, im Jahre 1948 selbständig gewordenen Staates beschäftigt. Der Weg, den Ne Win gehen würde, war damals noch nicht abzusehen. Während einer Krise des parlamentarischen Regimes hatte er, von U Nu dazu aufgefordert, an der Spitze eines Militärregimes (1958—60) gestanden, das mit der Bekämpfung der zentrifugalen Tendenzen bei den nicht zur burmesischen Rasse gehörigen Stämmen, der Beseitigung der Korruption und der Ordnung der Wirtschaft betraut war. Mit Energie widmete sich Ne Win dieser Aufgabe, indem er versuchte, vor allem das individualistische Denken der buddhistischen Herrenrasse zu überwinden und sie zu gemeinsamen Anstrengungen zu veranlassen. Er fand die schon lange von ihm gehegte Überzeugung bestätigt, daß die parlamentarische Demokratie nichts taugt und daß sie durch eine gelenkte Demokratie — er nannte dies später „demokratische Zentralisierung“ — abgelöst werden müsse. Ne Win hatte sich während der 18monatigen Interimsregierung in der Erläuterung seiner politischen Ideale naturgemäß sehr zurückgehalten, da er ja nach den Wünschen U Nus das Land zu einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie zurückführen sollte. Mit bemerkenswerter Selbstdisziplin trat er nach Ausschreibung allgemeiner Wahlen zurück, die dann überraschenderweise U Nus Partei eine Zweidrittelmehrheit im Parlament brachte.

Den Wahlerfolg hat man hauptsächlich der Zusicherung U Nus zugeschrieben, den Buddhismus zur Staatsreligion zu machen. Am 26. August 1961 nahm tatsächlich das Parlament ein verfassungsänderndes Gesetz an, das den Buddhismus zur Religion des Staates erklärte (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 456). Eine Schutzklausel für die religiösen Minderheiten, die auf Drängen der christlichen Gemeinschaften dem Gesetz angeschlossen wurde, sicherte den christlichen Staatsangehörigen das Recht zu, ihre Religion frei zu bekennen, zu üben und zu lehren. Dieses Amendement 20 zum Gesetz mußte gegen eine militante buddhistische Gruppe inner- und außerhalb des Parlaments durchgesetzt werden, die seit langem der christlichen Mission unter den Bergvölkern Burmas hier und da durch eine aggressive Gegenmission entgegentrat. Ihre Haltung könnte angesichts der sprichwörtlichen Duldsamkeit des burmesischen Buddhismus unbegreiflich erscheinen. Sie wird begreiflich, wenn man sich die enge Verbindung von buddhistischer Religion und Kultur vor Augen hält. Das Christentum ist in den Augen dieser Kreise ein im Gefolge des Kolonialismus eingeführtes Fremdprodukt, dessen institutioneller Charakter zudem die Buddhisten irritiert. Die Tätigkeit der christlichen Mission, die sich mangels durchgreifender Erfolgsaussichten beim Kernvolk der Burmesen den andersrassigen Randvölkern des Landes zuwandte und ihr

Apostolat mit Verbreitung von Schulbildung und sozial-caritativer Tätigkeit unterbaute, wird von vielen Burmesen als eine Gefahr für die politische und kulturelle Angliederung dieser nach Eigensein und Eigenkultur trachtenden, größtenteils noch nicht vom Buddhismus durchsetzten Völker betrachtet. Die Eingliederung der nicht-burmesischen Völker in den Staat — es handelt sich um fast die Hälfte der Bevölkerung, wenn man auch die Inder und Chinesen im Lande einrechnet — ist vielleicht das größte innerpolitische Problem des jungen Staates, das um so schwerer zu lösen ist, als die Engländer nichts zur Bildung eines geschlossenen politischen Gebildes beigetragen, das Land vielmehr nach dem Prinzip des *divide et impera* regiert hatten.

Das Programm Ne Wins

Als die neue Regierung U Nus, die den Militärs zu weich und zu nachgiebig erschien, nach zwei Jahren „Probezeit“, die ihr offensichtlich von den Kreisen um Ne Win gewährt wurde, mit dem Niedergang der Wirtschaft und den inneren Auflösungserscheinungen in der Burmesischen Union nicht mehr fertig zu werden schien, und sich in der Regierungspartei erneut ein nach Ansicht Ne Wins (der einen Kurs der Mitte zwischen rechts und links als eine politische Notwendigkeit betrachtete) gefährlicher Linksdrahl zeigte, griff der General ein, diesmal aus eigener Verantwortung und gegen U Nu. Er erklärte den Föderalismus, auf den nach der Verfassung der Staat gründete, für unmöglich, da er den Staat zerstören würde.

Sofort nach dem Militärputsch verkündete Ne Win, er wolle sein Land auf den Weg eines „spezifisch burmesischen Sozialismus“ führen. Mit diesem ideologisch unterbauten System, das die kurz vorher gegründete „Burma Socialist Program Party“ ausarbeiten sollte, gedachte der General sich der buddhistischen Kultur des Landes anzupassen und zugleich eine ideologische Abhängigkeit von den Sozialismen von Ost und West zu vermeiden und damit auch die Unabhängigkeit des Landes (besonders gegenüber dem großen Nachbarn China) zu sichern. Er verkündete eine sozialistische Ökonomie, die der Ausbeutung des Menschen ein Ende machen, die Verbrauchsgüter vermehren und jedem Individuum einen Arbeitsplatz entsprechend seinen Fähigkeiten zuweisen soll.

Auf einzelne Etappen der Sozialisierung, die mit großen Ungerechtigkeiten verbunden war, soll hier nicht näher eingegangen werden. Im Hinblick auf unser Thema soll aber das eine oder andere hervorgehoben werden. Ne Wins Bestreben ist, bei der Sozialisierung nicht nur den wirtschaftlichen Einfluß des westlichen Kapitals auszuschalten, sondern auch den wirtschaftlichen Einfluß der Inder und der Auslandschinesen im Lande zu brechen. Die britischen Firmen, die in der englischen Zeit den ganzen Export- und Importhandel kontrollierten, sind nationalisiert worden. Der Reishandel (der heute 80% des Exports Burmas darstellt) wurde zum Staatsmonopol erklärt. Die 10 burmesischen und die 14 ausländischen Banken wurden gleichfalls nationalisiert. „Es ist den Ausländern praktisch unmöglich gemacht, in der burmesischen Wirtschaft Kapitalien zu investieren“ (vgl. den instruktiven Artikel *La Birmanie à la croisée des chemins* in „Le Monde Diplomatique“, November 1965). Kollektiviert ist ferner der ganze Verteilungsapparat der Ver-

brauchsgüter sowie das Transport- und Verkehrswesen. Die Agrarfrage soll gelöst werden, indem man das Land denen gibt, die es bebauen, die Landwirtschaft mechanisiert und eine Massen-Kooperativbewegung schafft.

Obwohl das neue Regime den Buddhismus (übrigens auch alle anderen Religionen im Lande) aus der politischen Gestaltung und Verantwortung sorgfältig herauszuhalten versucht und ihn (wie alle anderen religiösen Gruppen) ermahnt, „sich nicht in die gefährlichen Dinge dieser Welt einzumischen“, wenig vom Buddhismus spricht und ihn in der offiziellen Staatsphilosophie mit keinem Worte erwähnt, sind die Grundkonzeptionen des Systems dennoch stark vom buddhistischen Denken beeinflusst. Allein die Tatsache, daß der Südliche (Theravada-) Buddhismus nicht klar zwischen Geist und Materie, Physik und Metaphysik unterscheidet (vgl. Herder-Korrespondenz, a. a. O., S. 454), weist darauf hin. Man darf deshalb auch die Theorie des burmesischen Sozialismus nicht als kommunistisch bezeichnen, nicht einmal als marxistisch im Sinne des gemäßigten Sozialismus, wie ihn viele Parteien des Westens vertreten.

Burmesischer Sozialismus und chinesischer Kommunismus

Mag sich aber der burmesische Sozialismus ideologisch vom Kommunismus unterscheiden, so trägt er doch in der Praxis des Systems Züge, die ihn in die nächste Nähe des Kommunismus führen. Ausländische Beobachter haben dies immer wieder festgestellt. Es gilt nur die Meinung der Partei. Jede andere Anschauung wird unterdrückt. Eine starke innere Hierarchie, die von den Zellen bis zum Zentralkomitee reicht, hält den Parteiapparat zusammen. Die Rekrutierung der Mitglieder geschieht nach dem Auswahlprinzip. Es wird eine zweijährige Probezeit verlangt. Ist ein Kandidat endgültig angenommen, so gibt es für ihn keine Austrittsmöglichkeit mehr. Die Befehle der Partei müssen ausgeführt werden, auch wenn das Mitglied den Anordnungen keine innere Zustimmung zu leisten vermag. Die Kader werden in einer besonderen Schule für politische Wissenschaft gebildet. Die Partei hat sich die geistige Steuerung aller Publikationsmittel gesichert und schreibt auch die politische Unterweisung an den Universitäten vor. Massenverhaftungen politisch Widerstrebender oder Verdächtiger sind, wie in den kommunistischen Ländern, das übliche Mittel, um Widerstände gegen das System zu unterdrücken. Schroffe und spektakuläre Beugemittel, Torturen oder Schauprozesse sind in Burma nicht beliebt.

Ne Win hat andererseits den Kommunismus bis heute verboten. Eine allgemeine Amnestie, die auch an Aufständen gegen das frühere Regime beteiligten Kommunisten die Freiheit gab, spricht nicht dagegen. Im November 1963, also zu einer Zeit, als das alleinige Existenzrecht der sozialistischen Partei noch nicht verkündet war, nahm Ne Win Massenverhaftungen von Kommunisten vor, die sich seinem System entgegenstellten. Zwar wählte er zwei russisch orientierte Kommunisten Burmas zu seinen engsten Militärberatern, aber möglicherweise, weil es ihm überhaupt an Fachleuten auf diesem Gebiete fehlte. Wenn Beobachter aus dem Westen immer wieder betonen, das Regime sei in wachsendem Maße unter den Einfluß linksgerichteter Kräfte geraten, so mag dies stimmen. Der Beweis dafür, daß sich Ne Win immer mehr mit Kommunisten bzw. mit Auslandskommunisten umgeben habe, ist noch zu erbringen. Allein die Tatsache, daß die meisten der Führer des Revolutionsrats schon einmal zu Besuch

in kommunistischen Ländern (Moskau oder Peking) waren, erklärt, warum ein Sozialismus, der nicht kommunistisch sein will, dort Methoden absieht, die er für die Durchsetzung des eigenen Systems für geeignet hält. Dem durch seine Berichte über die Bombardierung von Wohnvierteln in Nordvietnam bekanntgewordenen Mitherausgeber der „New York Times“, Harrison E. Salisbury, dem ersten ausländischen Journalisten, der seit drei Jahren acht Tage in Burma bleiben durfte, erklärte Ne Win kategorisch, sein Regime sei nicht kommunistisch und er flirte nicht mit Peking („New York Times“, 21. 6. 66).

Man braucht nicht unbedingt anzunehmen, daß Ne Win, ähnlich wie König Sihanuk von Kambodscha, aus Angst, sein Land könne von dem gefährlichen Nachbarn Rotchina überwältigt werden, eine Art Gleichschaltung mit diesem Lande versucht habe. China wird in Burma nicht einmarschieren, solange keine westliche Macht dort sich militärisch engagiert. Im Jahre 1958 sagte Tschou En-lai bei einem Besuch den Chinesen Ranguns, China brauche keinen Krieg, um Burma zu übernehmen. Es wünsche auch nicht, einen solchen Krieg zu beginnen. Die beiden Länder sollten in Frieden und Freundschaft leben. Den chinesischen Bürgern Burmas empfahl er, Heiraten mit Burmesen einzugehen und große Familien zu gründen. China geht also hier vom Absorptionsprinzip aus. Es hofft, dank der größeren Geburtenrate der Chinesen, das Land in etwa einem Jahrhundert friedlich zu gewinnen, zumal ja eine dauernde Einwanderung von Chinesen (besonders Flüchtlingen) erfolgt, die Burmas Regierung überhaupt nicht kontrollieren kann. Zwischen China und Burma besteht ein Nichtangriffspakt, und man hat erstmalig die lange Grenze zwischen beiden Staaten in gegenseitigem Einvernehmen festgesetzt.

Keine chinesische Unterwanderung

Ein Wort muß noch über die sagenhafte chinesische kommunistische „Unterwanderung“ gesagt werden. Zunächst weiß niemand, auch die burmesische Regierung bei ihrem rudimentären Erfassungsapparat der eigenen Bevölkerung nicht, wieviel Chinesen überhaupt einwandern. Die Regierung gibt die Zahl der Chinesen mit chinesischem Paß mit 200 000 an, die der Chinesen burmesischer Nationalität bzw. Sino-Burmesen mit einer Million. Sind es drei Millionen, wie man im Ausland schätzt? Wie groß ist die Zahl der chinesischen Flüchtlinge, die ohne Paß jährlich ins Land kommen? Auf jeden Fall sind nicht alle Chinesen, die unkontrolliert eine fast 2000 km lange Grenze überqueren, Freunde des Kommunismus. Sie flüchten, weil sie Feinde des Systems sind oder glauben, in Burma bessere Existenzmöglichkeiten zu finden. Und wieviele kehren über die „Grüne Grenze“ zurück, weil sie nicht die Lebensbedingungen fanden, die sie erhofften?

Die Bevölkerung Burmas wird in allen Nachschlagewerken für 1958 auf etwa 21 Millionen geschätzt. Heute wird gewöhnlich die Zahl von 25 Millionen angegeben. Ein großer Teil des Zuwachses wird (trotz der notorisch sehr hohen Säuglingssterblichkeit) der natürlichen Bevölkerungsvermehrung zuzuschreiben sein. Auf jeden Fall kann es sich nicht um eine Masseneinwanderung aus Rotchina handeln, und die Annahme, daß sich die Bevölkerung des Landes durch Zuwachs aus China in wenigen Jahren verdoppelte (vgl. die Schätzung des Büros des Apostolischen Visitators für Südostasien, Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 452) erscheint unhaltbar.

Es gibt in Burma aus der Frühzeit der Selbständigwer-

derung des Staates noch zwei kommunistische Bewegungen, die der Roten und der Weißen Fahne. In den Untergrund gedrängt, stellen sie für die Regierung keine Gefahr dar, da sie sich gegenseitig befehden. Rotchina hat ihnen wohl nie Hilfe geleistet. Bemerkenswert ist hier ein Wort des Burmesen U Thant vom 24. Februar 1965, das in der amerikanischen Zeitschrift „Fellowship“ (September 1965) zitiert wird: „Nicht ein einziges amerikanisches Leben ging in Burma während der letzten sieben Jahre verloren. Wir sollten die große Frage stellen: Warum? Burma hat eine 1000 Meilengrenze mit dem kommunistischen China. Hätte es zur Unterdrückung von Aufständen Hilfe von außen erbeten, würde eine von zwei Möglichkeiten eingetreten sein: Entweder wäre das Land in zwei Teile aufgeteilt worden, oder das Land wäre schon längst dem Kommunismus verfallen. Die Kommunistische Partei Burmas ist nach 17 Jahren noch unter Grund und illegal, aber lassen Sie es sich von mir sagen: es gab keinen einzigen Fall ausländischer Hilfe für die Kommunisten Burmas in den letzten 17 Jahren.“

Die Religionspolitik der Regierung

Wenn man nun nach Skizzierung des allgemeinpolitischen Hintergrundes die Religionspolitik der Regierung testen will, muß man zunächst sich Klarheit darüber verschaffen, was das neue System unter Religion versteht. Es betrachtet im Rahmen seiner Staatsphilosophie Religion als eine an die äußeren Umstände gebundene soziale Einrichtung. Eine solche Anschauung ist sicherlich dem burmesischen Buddhismus fremd, besser gesagt, er hat kein geistiges Aufnahmeorgan für eine solche erdbezogene Relativierung seines tiefsten Anliegens. Die Ideologie des Militärregimes steht also einer echten Förderung des Buddhismus im Wege. Dieser wird aber aus politischem Opportunismus als konstitutives Element der gewachsenen Eigenkultur des Landes geschützt. Die geistigen Führer des Theravada-Buddhismus müssen jedoch mit fassungslosem Erstaunen vernehmen, daß die Philosophie des Militärregimes sie zu den reinen Quellen des Buddhismus zurückzuführen vorgibt.

Die radikale Sozialisierung bedroht die Lebensmöglichkeiten der Bonzen, die bisher hauptsächlich von den Zuwendungen des Mittelstandes lebten, der heute wirtschaftlich in die Masse einnivelliert und politisch mundtot gemacht worden ist. Alle religiösen Organisationen sind zudem der Staatskontrolle unterstellt worden. Der wöchentliche buddhistische Festtag wurde abgeschafft und der Sonntag wieder als Ruhetag eingeführt. Die Regierung hat ferner das gegen die Anschauungen der Buddhisten verstoßende Schlachten von Tieren erlaubt. Dies alles ist geeignet, die Buddhisten aufsässig zu machen. In den beiden größten Städten des Landes haben denn auch Demonstrationen stattgefunden, und viele buddhistische Mönche wanderten in die Gefängnisse. Die Regierung erklärte zur Beruhigung der Öffentlichkeit, es gelte die reinsten Prinzipien des Buddhismus gegen unwürdige und gewinnsüchtige Elemente zu verteidigen, die sich unter dem Mönchsgewand versteckten.

Die erste grundlegende Stellungnahme des neuen Regimes zur Frage der Gewissens- und der religiösen Freiheit stammt vom Juli 1961, als sich die Burma Socialist Program Party konstituierte. Die Statuten dieser Partei sicherten allen Mitgliedern das Recht auf Freiheit des Gewissens und der Religion zu. Der Revolutionsrat verkündete dann sofort nach der Machtergreifung (April

1962) im Anschluß an die Ankündigung der Sozialisierung der Produktionsmittel, jedermann solle freies Bekenntnis und freie Übung der Religion haben. Die endgültige Verfassung der Partei fordert indes, daß die Kandidaten den burmesischen Weg zum Sozialismus „aus Überzeugung“ annehmen, denselben Weg, den die Partei hinsichtlich seiner Philosophie als relative Wahrheit rein experimentellen Charakters darstellt. „Es ist klar, daß eine solche geistige Auflage klar totalitären Stils für die Christen ein ernstes Problem darstellen mußte. Sie stehen vor dem Dilemma, sich in der Partei einzusetzen, die allein gesetzlich und staatlich anerkannt ist, oder Gefahr zu laufen, isoliert zu werden und ohne weiteres von einer Stellung oder einem Beruf ausgeschlossen zu werden“ (P. Angelo Lazzarotto PIME, „Le Missioni Cattoliche“, Nr. 6/7, 1966). In einer Rede vom 12. Dezember 1965 wies Ne Win zudem mahnend darauf hin, daß im Konfliktfall religiöse Überzeugungen sich den Richtlinien der Partei zu unterwerfen hätten: „Unsere Parteitätigkeiten können bisweilen gegen die Religion gehen. Fälle von widersprüchlichen Haltungen zwischen den politischen Forderungen und der religiösen Ethik sind auch in anderen Ländern in der ganzen Welt nicht selten. Im übrigen hat auch das Ökumenische Konzil erklärt, daß jeder seine Religion frei wählen kann.“

„Missionare, die Pest des Landes“

Hatte man in christlichen Kreisen nach der Suspendierung des Gesetzes über den Buddhismus als Staatsreligion und vor Kenntnis der ideologischen Grundlinien des neuen Systems gehofft, daß das Christentum im Burma Ne Wins wenigstens freundliche Duldung erfahren werde, so mußte die Rede aufhorchen lassen, in der die christlichen Missionare seitens des Führers der Regierung bei der Feier des 15. Jahrestages der Unabhängigkeit (4. Januar 1963) als eine Bedrohung der buddhistischen Gesellschaft bezeichnet wurden. Es hieß darin: „Diese Fremden sind die Pest Burmas. Wir müssen uns ihrer entledigen“ (Lazzarotto, a. a. O.). Die Rede wurde im ganzen Lande verbreitet. Warum diese „Fremden“ die Pest des Landes sein sollten, hat Ne Win nicht näher erläutert. Der Ausdruck „diese Fremden“ berührt zunächst einen später immer mehr akzentuierten Programmpunkt Ne Wins, nämlich durch Fernhaltung bzw. Abschiebung von Ausländern dem Lande, wie er einmal sagte, „für einige Zeit eine ruhige Entwicklung zu sichern“.

Aber warum werden die Missionare als eine „Pest“ dargestellt? Aus welcher psychologischen Haltung heraus mag das Wort gesprochen worden sein? Da das Christentum eine vom Westen importierte „Fremdreligion“ ist und zudem bisher noch nicht den inneren Zugang zum Buddhismus Burmas gefunden hat, mag es von Ne Win als absolut ungeeignet angesehen werden, um die nicht der Herrenrasse angehörigen Völker Burmas auf dem Wege über die burmesische Kultur in den Gesamtstaat einzuschmelzen. Das Christentum hat unter den Angehörigen der führenden Rasse tatsächlich kaum Anhänger. Der ethnischen Zusammensetzung nach bekennt sich zu ihm eine kleine Minderheit anglo-burmesischer Mischlinge, Inder und Chinesen sowie eine große Mehrheit von Angehörigen nichtburmesischer Stämme, die bisher nur zum Teil sich der buddhistischen Werbung erschlossen. Die katholische Gemeinschaft, über die noch eingehend zu handeln ist, dürfte zu 20% aus Ausländern, Indern, Chinesen und anglo-burmesischen Mischlingen, bestehen.

Die Erfolge der christlichen Mission bei den aus primitiven Kulturen stammenden, zum Teil sehr intelligenten Stämmen müssen auf die schulische, soziale und caritative Tätigkeit zurückgeführt werden.

Das Gros der Christen Burmas gehört der amerikanischen Baptistenmission an, die 600 000 Anhänger zu haben vorgibt. Katholischerseits wird diese Zahl gewöhnlich als stark überhöht angesehen. Wahrscheinlich sind hier auch alle mitgezählt, die man als „Sympathisierende“ bezeichnen kann. Die Baptisten haben, durch bittere Erfahrungen belehrt und in Voraussicht kommender Dinge, in den letzten Jahren die Leitung der Mission fast völlig Einheimischen übergeben. Die Gemeinschaft besitzt zur Zeit 2500 ordinierte Religionsdiener bzw. ganz im Dienste der Mission stehende Laienmitarbeiter („International Review of Missions“, Nr. 1, 1967). Die anglikanische und die methodistische Gemeinschaft sind vergleichsweise sehr klein, während die katholische Mission noch 1965 242 000 Christen zählte, obwohl mehrere tausend katholische Inder (Tamilen) in den letzten Jahren abwanderten, da die Regierung ihnen das Leben durch ihre Wirtschaftsmaßnahmen praktisch unmöglich machte. Man zählt zwei Erzdiözesen und sechs Diözesen, von denen drei durch Einheimische geleitet werden. Die Erzdiözese Rangun besitzt einen einheimischen Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge.

Die soziale und schulische Tätigkeit der Mission war den Buddhisten nationalistischer Prägung ein Dorn im Auge, zumal der Buddhismus auf diesen Gebieten bisher ziemlich steril war. Deshalb versuchten sie es bei den Bergvölkern mit einer Gegenmission, die den christlichen Missionen die Mittel der Höherführung der Einheimischen abschaut und in Einzelfällen vor Gewalttätigkeiten gegen christliche Missionskräfte nicht zurückschreckte. Bei seinem Verdikt gegen die christlichen Missionare mag Ne Win auf einen Propagandaerfolg für sein Regime bei den Buddhisten bedacht gewesen sein, aber auch gefürchtet haben, daß eine christlich gebildete Bevölkerung für seinen buddhistisch gefärbten totalen Sozialismus nicht zu gewinnen wäre.

Behinderung der kirchlichen Tätigkeit

Wenn schon burmesische Bürger bei Reisen von Ort zu Ort im Zusammenhang mit den umfassenden Sozialisierungsmaßnahmen oft sehr intensiven Kontrollen unterworfen waren, so ist es nicht verwunderlich, daß die Bewegungen der Ausländer, besonders der Missionare, aufmerksam beobachtet wurden. Bald mußten die Missionare jedesmal um eine Sondererlaubnis einkommen, wenn sie entferntere Orte ihrer Diözese aufsuchen wollten. Diese Bestimmung wurde im Jahre 1966 aufgehoben, nachdem den nach 1948 ins Land gekommenen Missionaren der Ausreisebefehl zugestellt worden war (NC News Service, 4. 4. 66).

In dem Bestreben, das ausländische Element in den christlichen Kirchen beschleunigt abzubauen, hatte sich schon während der Regierung U Nu die Regierungspraxis herausgebildet, die Einreise von nur soviel ausländischen Missionaren zu gestatten, als nötig war, um die Lücken jener zu füllen, die gestorben waren. Seit 1961 waren überhaupt keine fremden Missionare mehr zugelassen worden. Die Regierung Ne Win ließ Anfang 1963 allen ausländischen Missionaren einen Fragebogen zugehen, in dem sie sich erklären sollten, ob und wann sie durch Einheimische ersetzt werden könnten. Im Herbst 1964 er-

hielten noch die fünf ausländischen Bischöfe Burmas die Erlaubnis, zur dritten Konzilsperiode auszureisen, während die burmesischen Bischöfe das Land nicht verlassen durften. Bei der letzten Konzilssession war der Landesepiskopat überhaupt nicht vertreten. Trotz dringlicher Rückfrage blieben die Gesuche der Bischöfe unbeantwortet.

Die der ganzen Presse auferlegte Vorzensur traf die katholische Gemeinschaft besonders hart bei Herausgabe liturgischer, katechetischer und Erbauungsliteratur, da sie in mehreren Sprachen hergestellt werden mußte, die Regierung aber angeblich nicht genügend Zensoren zur Verfügung hatte, die die Sprachen der Bergstämme verstanden. So bleiben viele Publikationen oft mehrere Jahre bei den Zensurstellen liegen. Da die Regierung die Tätigkeit aller großen ausländischen Nachrichtenagenturen im Lande unterdrückt hat und den ganzen Nachrichtendienst durch eine eigene Agentur kanalisiert, ist es für die kirchlichen Stellen sehr erschwert, mit dem Geschehen in der Weltkirche in Verbindung zu bleiben, zumal auch den burmesischen Angehörigen der christlichen Bekenntnisse die Teilnahme an internationalen religiösen Zusammenkünften außerhalb des Landes unmöglich gemacht wird. Nach Mitteilung der „International Review of Missions“ hat man in den letzten Jahren keine Angehörigen der größten protestantischen Gemeinschaft Burmas, der Baptisten, mehr bei ökumenischen Veranstaltungen gesehen. Da ferner nur ganz wenigen ausländischen Besuchern ein mehrtägiger Aufenthalt in Burma gestattet wird und eine strenge Briefzensur die Missionarspost überwacht, kann man sich die Isolierung der Christen von der Außenwelt vorstellen.

Die Verstaatlichung der Privatschulen

Dem neuen System mußte es daran gelegen sein, die Jugend für seine Ideen zu gewinnen. So ist man daran, eine Einheitsorganisation der jungen Menschen von 17 Jahren an zu schaffen. Wichtiger noch erschien die Beeinflussung der Schule. Nun wurden im Jahre 1964 mehr als die Hälfte aller Schulen noch von christlichen Institutionen (mit teils ausländischer, teils einheimischer Leitung) geführt (NC News Service, 6. 4. 66). Je weniger der Staat selbst über ein nennenswertes Schulwesen verfügte, desto stärker mußte sein Bestreben sein, sich in einem totalitären Regime der Privatschulen zu bemächtigen. Die Grundlage zu solchem Vorgehen schuf ein im Jahre 1964 erlassenes Schulgesetz, das die Verstaatlichung des privaten Unterrichtswesens zum Zwecke der „Förderung sozialistischer Moralwerte“ ankündigte. Bei den zu verstaatlichenden Schulen handelte es sich hauptsächlich um katholische und protestantische Einrichtungen. Für die katholischen wird gemeinhin eine Anzahl von 70 000 Schülern angenommen, für die protestantischen etwas weniger. Die privaten Schulen erhielten seit der Unabhängigkeitserklärung des Landes keine staatlichen Zuschüsse mehr. Seit jeher genossen vor allem die katholischen höheren Schulen in der Öffentlichkeit, auch der buddhistischen, großes Ansehen. Ihre Absolventen schnitten bei den öffentlichen Examen weitaus am besten ab. Fast alle leitenden Staatsbeamten sandten ihre Kinder in Missionsschulen. Buddhistische Eltern zahlten gern das Schulgeld für die gehobenen Schulen, und mit den Überschüssen dieser Anstalten finanzierte die Mission ihre Dorfschulen, in denen der Unterricht ohne Entgelt angeboten wurde. Die katholische Gemeinschaft selbst war der

Hauptnutznießer der in den Schulen angebotenen Bildung, denn man schätzt, daß die Zahl ihrer durch Schulen gegangenen Mitglieder 25 % aller schulisch Gebildeten darstellt, obwohl die katholische Bevölkerung nicht einmal 1 % der Gesamtbevölkerung des Landes ausmacht.

Am 1. April 1965 verkündete der Rundfunk plötzlich ein wenige Tage vorher beschlossenes neues Gesetz über die sofortige Überführung der Privatschulen in Staatsbesitz, und zur selben Stunde erschien auch an den gehobenen Schulen das Militär, um die Beschlagnahme unter für die bisherigen Schuleigner entwürdigenden Umständen durchzuführen. Schulregister und Kassen wurden beschlagnahmt. Eine Entschädigung für die übernommenen Werte wurde abgelehnt, etwaige Schulden den bisherigen Eigentümern angelastet. Die an den Privatschulen bisher tätigen Lehrkräfte burmesischer Staatsangehörigkeit verpflichtete man zur Ablegung eines neuen Examens, das viele später nicht bestanden. Das ausländische Personal durfte sich auf die eigenen Wohnräume zurückziehen. Das Betreten der Schulen wurde ihm verboten und die Schuljugend angehalten, jede Verbindung mit ihm zu meiden. Die amtliche Presse kommentierte das neue Gesetz mit dem Hinweis, es solle ein kraftvolles Mittel zur Verbreitung des Sozialismus sein. Das Informationsministerium aber ließ verlautbaren: „Endlich ist den Leitern der Privatschulen das Mittel genommen, die Jugend zur Religion ihrer Prägung zu erziehen.“ Andererseits hatte ein Zirkular der Regierung bei Ankündigung der Schulpläne schon früher versichert, daß die Durchdringung des Unterrichts mit den Grundsätzen des burmesischen Weges zum Sozialismus die Freiheit der Religion und des Kultus nicht beeinträchtigen werde („Église Vivante“, Nr. 3/4, 1966).

Dem Erzbischof von Rangun gab die Regierung die Zusicherung, daß sie sich in den Unterricht der Priestervorbildungsanstalten (fünf Kleine und ein Großes Seminar) nicht einmischen werde. Diese würden von der Regierung als rein religiöse Schulen betrachtet. Die Schüler werden indes nicht zu den öffentlichen Schulprüfungen zugelassen. Die gesellschaftlichen Nachteile für die Seminaristen, die vor der Weihe das Seminar verlassen, sind offenkundig, desgleichen für das Ansehen der Priester in der Öffentlichkeit, wenn sie die Schulzertifikate nicht besitzen.

Da die Regierung angesichts des nur gering entwickelten staatlichen Schulwesens die Übernahme einer so großen Anzahl von Schulen nicht auf einmal verkraften konnte, erfolgte diese in zwei Etappen (1965 und 1966). In der ersten Etappe wurden 129 High Schools und Junior High Schools beschlagnahmt, darunter 56 katholische, 16 baptistische, 10 anglikanische, 7 methodistische, 3 buddhistische, 16 chinesische und 6 indische Schulen volklicher Minderheiten. Unter den in Staatsbesitz überführten Schulen befanden sich allein 10 Kollegien der christlichen Schulbrüder, darunter das hochangesehene St. Pauluskolleg in Rangun mit 4500 Schülern. Bemerkenswert ist, daß die bei der Übernahme der Schulen freigesetzten Lehrkräfte, denen man den Unterhalt entzogen hatte, von seiten der Eltern der Schüler, einschließlich buddhistischer Eltern, tatkräftig unterstützt wurden. Gerade das Verhalten der Buddhisten zeigt, daß die Schulen eine Atmosphäre des Wohlwollens für das Christentum in diesem zu hohen Prozents buddhistischen Lande geschaffen hatten, und daß es in Burma neben dem nationalistischen und der Mission feindseligen politischen Buddhismus eine Schicht gebildeter Angehöriger dieser Weltanschauung gibt, die sich ein gesundes Urteil bewahrt haben.

In der zweiten Etappe sind zu Beginn des Schuljahres 1966/67 die restlichen privaten Mittel- und Volksschulen, insgesamt 685, von denen 450 katholisch waren, „nationalisiert“ worden. Diesmal wurden vor allem die christlichen Volksschulen bei den Bergvölkern betroffen, die oft unter größten Opfern in kaum erschlossenen Gebieten abseits aller Verkehrswege errichtet worden waren. Die Mailänder Missionsgesellschaft verlor so allein 125 Schulen.

Verstaatlichung von Sozial- und Caritaswerken

In seiner Rede zum 15. Jahrestag der Unabhängigkeit hatte sich Ne Win auch mit der Sozial- und Caritasarbeit der christlichen Kirchen beschäftigt: „Wir werden neue Gesetze für soziale Dienste schaffen müssen, indem wir die Sorge für die Arbeitsunfähigen, die Taubstummen, die Alten und die Minderjährigen übernehmen. Dieser vom Schicksal nicht Begünstigten, besser gesagt einiger von ihnen, nahmen sich in der Vergangenheit die Missionsorganisationen an, und sie bekehrten so manche unter ihnen zu neuen Religionen. Das bedeutet für uns in gewissem Sinne einen Verlust. Nunmehr ist es an uns selbst, uns mit diesen Unglücklichen zu beschäftigen“ (Lazzarotti, a. a. O.).

Es wäre nun möglich gewesen, ein umfassendes staatliches Sozialwerk aufzuziehen und dabei in einem Lande, wo bisher alles und jedes auf diesem Gebiete fehlte, die freie Wohltätigkeit bestehen zu lassen. Dies ließ indes das System der totalen Sozialisierung nicht zu. Ein zweiter Grund kam hinzu: Man bekehrte in den christlichen Einrichtungen zu „neuen Religionen“. Einem System, das die Freiheit der Religion proklamiert, konnte dies an sich gleichgültig sein, wenn die Freiheit der religiösen Wahl gelassen wurde. Aber hier kommt der buddhistische Kulturhintergrund des Systems wieder zum Vorschein. Auch der Sozialist Ne Win betrachtet die Einheit von buddhistischer Religion und burmesischer Kultur als einen Wert für das Land, obwohl er die Buddhisten, besonders die Bonzen, durchaus nicht freundlich behandelt. Jede Bekehrung zu „neuen Religionen“ ist für ihn ein gewisser Verlust für das Land. Zu diesen Religionen scheint er außer dem Christentum auch den Hinduismus zu rechnen, der für die Inder in Burma Caritaseinrichtungen schuf.

Seit Frühjahr 1965 wurden alle privaten Krankenhäuser, Dispensarien, Waisenhäuser, Aussätzigenheime, fast alles christliche Einrichtungen, in Staatsbesitz überführt, und zwar entschädigungslos. Die Krankenhäuser erhielten den Namen „Volkshospitäler“. Enteignet wurde unter anderem das moderne Hospital von Okkalapa, das von einer Gruppe holländischer Ärztinnen aus der Gesellschaft der Missionsärztlichen Schwestern geleitet wurde, die mit lebhafter Zustimmung der früheren Regierung ins Land gekommen waren. Als diese Ärztinnen nach der Vertreibung keine Anstalten machten, Burma zu verlassen, vielmehr sich in anderen christlichen Sozialwerken betätigten, wurden sie ausgewiesen. Man hatte gehofft, daß der Leiter eines der größten Aussätzigenheime (mit 1400 christlichen und nichtchristlichen Kranken), P. Cesare Colombo PIME, der sich in Europa in Medizin, Dringlichkeitschirurgie und Leprologie hatte ausbilden lassen, an seinem Platze bleiben dürfte, zumal er seit 1935 im Lande war. Aber im Januar 1967 traf er als Ausgewiesener in Italien ein. Die Übernahme der Caritasinstitutionen zwang die Regierung, für deren zentrale Verwaltung überstürzt eine Organisation zu schaffen, da es bisher in

Burma keine staatliche Stelle gab, die sich derartigen Aufgaben widmete.

Ausweisung von Missionskräften

Seit längerer Zeit fürchtete man vor allem in katholischen Kreisen eine Ausweisung der ausländischen Missionare. Schon im Jahre 1964 war für sieben christliche Schulbrüder die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert worden. Eventuelle Massenausweisungen mußte die mit noch recht zahlreichem ausländischem Personal arbeitende katholische Mission viel stärker treffen als die an Mitgliedern erheblich größere Gemeinschaft der Baptisten, die, durch ihren „Laiencharakter“ begünstigt, sich schon fast ausschließlich des einheimischen Elements bediente. Die in dieser Mission zuletzt noch tätige Gruppe von insgesamt 56 Amerikanern war bis Anfang 1966 auf 20 zurückgegangen.

Die Tatsache, daß die aus den Schulen und Caritaswerken entfernten ausländischen Kräfte nicht sofort in die Heimat zurückkehrten, sondern in der Seelsorge und der Seelsorgshilfe weiter der Mission zu dienen suchten, hat die Regierung zweifellos in ihrer Hoffnung enttäuscht, „diese Fremden“ bald loszuwerden. So mag die seit langem geplante Ausweisungsaktion beschleunigt worden sein. Noch bis Anfang 1966 waren alle (auf ein Jahr befristeten) Aufenthaltsgenehmigungen anstandslos um ein Jahr verlängert worden. Urpötzlich wurde dann den Leitungen der christlichen Kirchen eine vom 22. März datierte Liste von 234 katholischen, 20 baptistischen und 3 anglikanischen ausländischen Missionskräften beiderlei Geschlechts durch das Einwanderungsministerium vorgelegt. Jeweils war dabei vermerkt, wann die betreffende Person bis Ende 1966 das Land zu verlassen hätte. Um Aufsehen zu vermeiden, sollten offenbar die Ausreisen auf das ganze Jahr verteilt werden. In der Öffentlichkeit wurde über die Aktion nie etwas mitgeteilt, so daß die Christen völlig überrascht waren, als ihre Missionare ihnen die bevorstehende Ausreise mitteilten. Die Katholiken in den abgelegenen Gebieten meinten anfangs, der Papst habe diese Missionare zurückgerufen, und sie verstanden nicht die Gründe für diese Anordnung.

Bei den Ausgewiesenen handelte es sich zumeist um Personen jüngeren Alters, die nach dem 1. Januar 1948, also dem Termin der Unabhängigkeitserklärung, in Burma weilten. Es befanden sich auf der Liste aber auch einzelne Missionskräfte, die über 50 Jahre im Lande tätig waren. Manche, so einige Schwestern indischer, chinesischer und malaiischer Herkunft, waren auf die Ausweisungsliste geraten, weil sie ihre Ausbildung teilweise außerhalb Burmas erhalten hatten. Die Ausweisungen wurden mit entwaffnender Höflichkeit durchgeführt. Keinem der Betroffenen geschah ein Leid, keiner wurde insultiert. Außer dem Handgepäck durfte niemand etwas mitnehmen. Unter den Vertriebenen befanden sich 74 Priester, dazu kamen ein paar Dutzend Brüder (besonders aus den Schulorden) sowie 140 bis 150 Schwestern. Der Nationalität nach waren die Ausgewiesenen Franzosen, Italiener, Amerikaner, Iren und Deutsche. Keiner der ausländischen Bischöfe wurde von der Ausweisung betroffen, wohl aber der einzige anglikanische Bischof.

Es ist bekannt, daß sich der Papst nach eigener Erklärung für die bedrohten Einrichtungen, „die eine Konsolidierung der Kirche und den kulturellen Fortschritt jener Nation sichern“, sowie für die zur Ausreise aufgeforderten Missionskräfte, die eine solche Behandlung nicht verdienen,

vergeblich einsetzte und seine Besorgnis zum Ausdruck brachte, daß in Zukunft sehr viele Katholiken keinen angemessenen Beistand mehr erhalten würden („Osservatore Romano“, 25. 6. 66).

Über die Motive der Regierung bei dieser Massenausweisung von christlichen Missionskräften konnte man in der plötzlich mit dieser Tatsache konfrontierten Presse der westlichen Länder, die infolge der Abschließung des Landes nach außen zum Teil über die inneren politischen Vorgänge in Burma schlecht unterrichtet war, vieles lesen. Die einen sahen darin einen gezielten Schlag gegen das Christentum, die anderen einen Versuch, den Buddhisten eine Genugtuung zu geben, deren Bonzen durch die Sozialisierung der Wirtschaft in eine schwierige Lage geraten waren. Wieder andere vermuteten hinter der Aktion die Einflüsse des burmesischen, chinesischen oder russischen Kommunismus. Nach einem Bericht der deutschen Ausgabe der Agenzia Fides (12. 11. 66) aus Saigon, deren dortiger Vertreter P. Parrel von der Gesellschaft für auswärtige Missionen (Paris) ausgewiesene Mitglieder seiner Gemeinschaft in Hongkong befragte, „waren sich die aus Burma Vertriebenen alle darin einig, daß die gegen sie gerichteten Maßnahmen auf marxistischen Einfluß zurückzuführen seien“. Die französische Ausgabe der Agenzia Fides vom 9. November ließ, denselben Bericht wiedergebend, den oben zitierten Satz aus. Der amerikanische Pater Hugh O'Rourke aus der Gesellschaft vom hl. Kolumban erklärte nach der Vertreibung in Hongkong: „In den Augen Burmas verlangt die Einung des Landes nach streng nationalistischen Linien die Vertreibung der Ausländer, seien sie Kaufleute oder Missionare“ (NC News Service, 4. 6. 66). Nach der im Vorhergegangenen gebotenen sorgfältigen Analyse der Motive des derzeitigen Regimes bei seinem Vorgehen gegen die christlichen Missionen erscheint es überflüssig, auf die Einseitigkeit, Ergänzungsbedürftigkeit oder Schiefheit der einen oder anderen Auffassung, die eben erwähnt wurde, besonders hinzuweisen.

Die unmittelbare Zukunft des Christentums

Zweifellos ist die Lage des Christentums in Burma sehr schwierig geworden. Die Maßnahmen der Regierung — wir wissen nicht, welche noch folgen werden — haben die christliche Mission in einem Lande, in dem sie an und für sich schwach war, der Methoden und Hilfsmittel beraubt, die in der nun vergangenen Missionsperiode als die wirksamsten erachtet wurden, um das Christentum in einer widerstrebenden Kulturwelt (hier des Buddhismus) sichtbar zu machen, bzw. es unter Höherführung von Primitivkulturen (hier bei den sog. Bergvölkern Burmas) einzuführen. Um neue Methoden in diesem Land jetzt anzuwenden, bedarf die Kirche der Freiheit im politischen und gesellschaftlichen Sinne, besonderer Institutionen und vor allem Priester und Laien, die zur nutzbringenden Anwendung solcher Methoden geschult sind. Wie soll z. B. die Kirche Burmas den Dialog mit dem Buddhismus führen können, wenn die Regierung, wie es tatsächlich geschah, ihre Publikationen durch Verweigerung des Druckpapiers einfach zum Erliegen bringt und jede Kommunikation der Christen mit den Buddhisten als staatsgefährdend betrachtet? Wie kann die Kirche überhaupt für eine Beeinflussung der nichtchristlichen Welt Burmas frei sein, wenn sie nicht einmal die Seelsorge der vorhandenen Christen mehr sichern kann? So fragen viele: Wird die Kirche Burmas langsam ausbluten?

Nach dem letzten von der Bischofskonferenz Burmas herausgegebenen Katholischen Jahrbuch zählte man im Jahre 1965 252 Priester, von denen 125 Einheimische waren. Nach der Vertreibung von 74 (nach anderen Quellen 80) ausländischen Priestern und der Rückkehr einiger alter und völlig arbeitsunfähiger Priester nach Europa bleiben für die Seelsorge einer über sehr große Räume verteilten, völkisch und sprachlich vielgestaltigen Gemeinschaft noch etwa 50 alte Priester über 60 Jahre und die oben genannten 125, meist aus nichtburmesischen Völkern stammenden einheimischen Priester übrig. Diese Priester haben für annähernd 240 000 Katholiken zu sorgen. Die einheimischen Priester wissen, daß sie bald allein die Seelsorgearbeit leisten müssen, eine Aussicht, die sie angesichts der Umstände erschreckt. Die Bischöfe haben Maßnahmen getroffen, um die Hilfsseelsorge, vor allem durch Katechisten und im Schuldienst freigewordene Schwestern auszubauen. Aber während man bisher meist mit Halbtagskatechisten arbeitete, braucht man heute vollbezahlte hauptamtliche Katechisten, die aufs beste vorgebildet sind. Die völlig verarmte Kirche Burmas hat nicht die Mittel, um das Erforderliche zu tun. Sie trägt allein schon schwer unter der Last, fünf kleine Seminare mit 345 Schülern und ein Priesterseminar zu unterhalten, das in diesem Jahr die Rekordzahl von 80 Alumnen zählt, von denen mehr als die Hälfte im ersten Studienjahr stehen. Dieses Seminar wurde vor acht Jahren gegründet, als die erfolgreiche Tätigkeit unter den nichtburmesischen Stämmen Hoffnung auf stärkeren einheimischen Priesternachwuchs bot. Vorher hatte man die wenigen Priesterkandidaten

nach Penang auf Malakka senden müssen, wo das große Zentralseminar für Südostasien bestand. Da die Kirche Burmas Wert darauf legte, ihren Priestern eine sehr gute Vorbildung zu geben, berief sie zur Leitung des Seminars sechs amerikanische Jesuiten. U Nu hatte dazu gerne die Zustimmung gegeben, als ihm klar gemacht wurde, daß es sich um das Werk einer schnellen „Einbürgerung“ der Kirche in Burma handelte. Natürlich hatte die Berufung ausländischer Priester für die Leitung des Seminars neben dem Vorteil einer soliden Bildungsvermittlung den Nachteil, daß diese Priester als Angehörige einer anderen Kulturwelt beim besten Willen, sich in die burmesische Kulturgegebenheiten einzuleben, doch nicht aus der Seele der Völker herausprechen konnten, deren Söhne sie zu Priestern heranbilden sollten. Die schmerzliche Überraschung war groß, als Ne Win auch diese amerikanischen Priester im Vorjahr auswies. Aus der Psychologie des Systems der Militärregierung hätte man dies allerdings erwarten müssen. Die Bischöfe des Landes bildeten nun, der Not gehorchend, einen neuen Lehrkörper, bestehend aus einheimischen Priestern und christlichen Schulbrüdern, die in den nationalisierten höheren Lehranstalten frei geworden waren.

Bei Bischöfen, Priestern und Laien der Kirche Burmas, besonders bei den Christen der Mission in den Randgebieten des Landes, ist das Bestreben sichtbar, auf keinen Fall vor den großen Schwierigkeiten der Stunde zu kapitulieren. Es fragt sich nun, ob die Regierung die Strangulierung des kirchlichen Lebens durch neue Maßnahmen fortsetzen wird.

Fragen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens

Aspekte der psychologischen Situation in Mitteldeutschland

Bei der Erörterung der psychologischen Situation in Mitteldeutschland muß man davon ausgehen, daß die Menschen dort in einer Ordnung leben, die sich in jeder Hinsicht von der unseren grundlegend unterscheidet. Zwischen dem Recht, dem Schulwesen, den neu geschaffenen Werken der Literatur und Kunst, den wirtschaftlichen Verhältnissen und dem gesamten Lebensmilieu bestehen nicht nur Unterschiede, sondern vielfach ausgesprochene Gegensätze. Die Menschen dort werden zwangsläufig ungeachtet des Grades ihres Widerstrebens in unterschiedlichem Ausmaß von den sie umgebenden gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt. Angesichts des unterschiedlichen Lebensmilieus und der stetigen Berieselung mit kommunistischer Ideologie sind das Empfinden, Denken und Handeln mitunter selbst bei Gegnern des Ulbricht-Regimes in verschiedenen Fragen anders als von uns erwartet.

Grenzen der Öffentlichkeit

In der Freien Welt wird häufig die Ansicht vertreten, daß unter einem kommunistischen Regime die öffentliche Meinung kein nennenswerter Faktor sei. Unzweifelhaft war in der Ära des Stalinismus die öffentliche Meinung machtpolitisch unbedeutend, weil der Terror weitgehend einschüchternd wirkte und die Machthaber auch die Stimmungen der Massen weniger beachteten. In der Gegenwart sind die SED-Führer bemüht, die öffentliche Mei-

nung stärker zu berücksichtigen, wengleich es unter einem totalitären Regime immer schwierig ist, die wirkliche Meinung des Volkes kennenzulernen, und daher leicht Verzerrungen im Urteil möglich sind. Die Meinungsbefragung wird gegenwärtig mit bedeutendem Aufwand entwickelt, ein unmittelbar dem Zentralkomitee der SED unterstelltes Institut unter Leitung des früheren Innenministers Karl Maron ist damit beschäftigt, die Meinung zu erforschen und die vielfach als streng geheim geltenden Ergebnisse nur der SED-Führung als Grundlage für eine „verbesserte wissenschaftliche Führungstätigkeit“ zur Verfügung zu stellen. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung sah sich die SED-Führung in den letzten Jahren schon wiederholt genötigt, in kleinen Dingen Konzessionen zu machen.

Die psychologische Situation in Mitteldeutschland ist naturgemäß außerordentlich differenziert, vielschichtig und kompliziert. Man muß berücksichtigen, daß es unter einem totalitären Regime keine Möglichkeit gibt, sich frei und relativ zuverlässig über die Gedanken und Meinungen der Bevölkerung zu orientieren. Zwar herrscht eine verbreitete Unzufriedenheit, dennoch sind die Stimmungen bei den einzelnen Bevölkerungsschichten im einzelnen recht unterschiedlich. Selbst innerhalb einzelner Schichten ist die Lage oft sehr differenziert. Oftmals basiert die Einstellung der Menschen weniger auf festen Überzeugungen als vielmehr auf gefühlsmäßigen Stimmungen und Regungen. Das Stimmungsbarometer unterliegt aber beträchtlichen Schwankungen.